

Thema der diesjährigen Reihe: Soziale Themen in der Öffentlichkeit
Gespräch moderiert durch Frau Prof. [Silvia Wyss](#), Dozentin und Ressortleiterin Praxisausbildung,
Telefon: 031 848 36 39; E-Mail an: silvia.wyss@bfh.ch

Frau Professorin [[Silvia Wyss](#)]

Liebe Anwesende ...

... es ist mir eine echte Freude, bei dieser zweiten ALUMNI-Veranstaltung in diesem Jahr auftreten zu dürfen und gerne bin ich zu Ihnen gekommen – danke für die Einladung!

Wenn ich den Sinn und die Bedeutung dieser Veranstaltungsreihe richtig begriffen habe, geht es für Sie darum, in praxisgezogenen Workshops besser zu verstehen, wie unterschiedliche soziale Themen in der Öffentlichkeit wahrgenommen und diskutiert werden.

Das heisst also, dass nicht Regierungsrat Schnegg im Vordergrund steht, auch wenn er in sozialpolitischer Hinsicht stark polarisiert – das entnehme ich zumindest aus den Medien, ob es stimmt, ist eine andere Frage.

Nein, im Vordergrund stehen wichtige sozialpolitische Herausforderungen für unseren Kanton, die zurzeit kontrovers debattiert werden.

Erst vor drei-ein-half Jahren habe ich mich entschieden, mich politisch aktiv zu engagieren. Früher war ich zwar politisch interessiert und habe die Geschehnisse aufmerksam beobachtet, meine Verantwortungen in der Wirtschaft erlaubten mir jedoch nicht, die Bürde eines Amtes zu tragen.

Und glauben Sie mir: Nicht weil ich Lorbeeren ernten will, sondern weil ich etwas bewegen will, habe ich mich für mein politisches Engagement entschieden.

Nun handle ich als Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Als langjähriger Unternehmer bin ich es gewohnt, mir selbst ein Bild von der Praxis zu machen, mit den Leuten an der Front zu sprechen, mir deren Einschätzungen und Ideen anzuhören.

Dieser Austausch ist mir insbesondere mit Ihnen wichtig. Sie arbeiten in wichtigen Positionen auf der Front oder werden in den kommenden Jahren grosse Verantwortungen im Bereich der sozialen Arbeit übernehmen.

Für Sie sind Grundsätze wie hohe Professionalität, wissenschaftliche Sachlichkeit und Effizienz in der Arbeit wesentlich.

Gleichzeitig möchten Sie sich auf Grund von Werten wie Solidarität, Respekt der Mitmenschen und Förderung der Freiheit engagieren.

Ich schätze sowohl diese Grundsätze als auch diese Werte.

Wesentlich für mich in diesem ersten Amtsjahr war eine umfassende Standortbestimmung. So habe ich bald zwei hundert Antrittsbesuche hinter mir und ich spüre, dass viele Partnerorganisationen der Gesundheits- und Fürsorgedirektion sowie die Bevölkerung viel von uns erwarten.

Ich höre auch deutlich, dass hier und dort eine Art Neuanfang erhofft wird. Hingegen soll diese Erwartung nicht als Zeichen eines Misstrauens gegenüber der GEF interpretiert werden.

Nein, die Qualität der Arbeit meiner Kaderleute und Mitarbeitenden ist allgemein anerkannt. Und wo die Kritik sich laut hören lässt, wird der gewaltige Umfang der Arbeit oft unterschätzt.

Ebenfalls die Komplexität der dargestellten Fragen wird meistens ungenügend wahrgenommen.

Nichtsdestotrotz bin ich gewillt, die Arbeit der Verwaltung und ihrer Partnerorganisationen effizienter zu gestalten. Die Arbeitsprozesse müssen optimiert und beschleunigt werden.

Und insbesondere muss die Wirtschaftlichkeit bei der Erbringung der Leistungen an die Bevölkerung massiv verbessert werden.

Ja, viele Leistungen sind zwar existentiell wichtig, ihren Preis ist aber viel zu hoch und der Steuerzahler fragt sich zu Recht: Muss es wirklich so sein?

Und diese Frage ist umso mehr berechtigt, dass die Finanzen unseres Kantons unter Druck stehen.

In den nächsten Jahren zeichnen sich Defizite im dreistelligen Millionenbetrag ab, die den Regierungsrat zum Handeln veranlasst haben. Wir sind daran, ein Entlastungspaket zu erarbeiten.

Aufgrund der finanziellen Bedeutung des Sozialwesens werden auch in diesem Bereich Massnahmen geplant.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis, dass ich heute, vor dem abschliessenden Entscheid des Regierungsrats, nicht mehr dazu sagen kann. Das Entlastungspaket wird in den kommenden Wochen der Öffentlichkeit vorgestellt.

* * * * *

Liebe Anwesende, schauen wir mal die offenen Baustellen des Sozialbereichs. Ich werde hier die zwei Grössten kurz erwähnen und beantworte gerne später Fragen zu anderen laufenden Geschäften.

Für die Unterstützung von knapp 50'000 Personen nach Sozialhilfegesetz hat unser Kanton im Jahr 2015 netto rund 450 Millionen Franken ausgegeben. Dieser Betrag wird im Lastenausgleich Soziales je hälftig vom Kanton und von den Gemeinden getragen.

Die wirtschaftliche Sozialhilfe stellt somit für uns alle als Steuerzahler einen wesentlichen Kostenfaktor dar.

Diese Gesamtkosten sind seit einigen Jahren stabil. Unterschiedliche Entwicklungen werden jedoch in den kommenden Zeiten zu einer bedeutsamen Erhöhung führen, unter anderem weil viele Menschen mit einem Migrationshintergrund sich kaum integrieren lassen und während Jahren von der Sozialhilfe abhängig bleiben.

Daher ist es nicht erstaunlich, dass der Grosse Rat die Regierung auffordert, den Umfang der Sozialhilfe auf 90 Prozent derjenigen Summe zu beschränken, die sich bei Anwendung der SKOS-Richtlinien ergibt. Zudem soll das Anreizsystem gestärkt werden.

Diese Aufforderung finde ich völlig berechtigt. Und ich bedaure, dass es bisher nicht möglich gewesen ist, entsprechende überzeugende Umsetzungsmassnahmen zu verabschieden.

Zwar wurden gewisse Massnahmen eingeleitet, sie sind aber ungenügend.

Es wurde breit konsultiert, am runden Tisch diskutiert und wieder konsultiert, aber ohne konkretes Ergebnis.

Deshalb habe ich zu Beginn dieses Jahres die Eckwerte einer echten Teilrevision des Sozialhilfegesetzes präsentiert.

Mir ist es völlig bewusst, dass viele mit diesem Vorgehen Mühe haben und die Revision bekämpfen werden.

Am gestrigen Nachmittag haben sich Leute auf dem Rathausplatz gesammelt und laut gesagt: «Die Armut lässt sich nicht wegsparen!»

Es ist gut, dass die Diskussion jetzt auf der politischen Ebene geführt wird. Die Parteien werden im Grossen Rat die Gelegenheit haben, eine substanzielle Revision zu gestalten.

Und allenfalls wird es zu einer Referendumsabstimmung kommen. Diese fürchte ich nicht.

Wenn eine Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger einen moderaten Sparkurs gekoppelt mit einem Anreizsystem nicht unterstützt, dann okay, wir werden einen neuen Weg suchen müssen.

Noch etwas möchte hier klar unterstreichen.

Liebe Anwesende, die Armut muss bekämpft werden, da sind wir alle einig, und es ist kein Kampf gegen die Armen.

Auch wenn ich konsequent bürgerlich und liberal politisiere, habe ich viel Verständnis für die Menschen, die in prekären Voraussetzungen leben müssen oder durch das Armutrisiko gefährdet sind.

Verständnis für die betroffenen Menschen heisst aber nicht, ohne Kostenbewusstsein zu handeln. Das Fürsorgesystem soll effizienter werden, die Wirtschaftlichkeit der Dispositive soll wie bereits gesagt erhöht werden.

Ich will auch versuchen, neue Formen der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu fördern, denn ohne gute Jobs gibt es auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft keine Integration.

Und ich will, dass die Sozialhilfebeziehenden sich wirklich anstrengen und auch entsprechende Anreize erhalten, aus der Sackgasse der Sozialhilfe zu kommen. Es ist zu einem wichtigen Teil eine Frage der Selbstverantwortung.

Deshalb wird der Regierungsrat auf der einen Seite eine gewisse Reduktion der Leistungen vorschlagen und auf der anderen Seite eine Erhöhung der finanziellen Anreize für die, die sich tatsächlich bemühen, für ihren Unterhalt wieder selbstständig zu werden.

* * * * *

Liebe Anwesende, mit den gleichen Grundsätzen habe ich das Projekt *Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern – NA-BE* – mit meinem Regierungskollegen Hans-Jürg Käser angepackt.

Dabei soll die Verantwortung für die Integration, Sozialhilfe und Unterbringung aller Personen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs, die der Bund dem Kanton Bern zuweist, bei der GEF gebündelt werden.

Diese Neustrukturierung ist eng mit dem KIP 2 verbunden, also mit dem kantonalen Integrationsprogramm für die Periode 2018 bis 2021.

Im Rahmen des KIP 2 ist die Integrationsförderung bei der Zielgruppe der vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flücht-

linge sowie die Verwendung der Integrationspauschale aufgezeigt.

Neu werden wir Regionale Partner beauftragen, die vollumfänglich für die Integrationsförderung aller Personen verantwortlich sind.

Sie sollen einen grösseren Spielraum erhalten, damit sie sich so organisieren können, dass es eben auf die regionalen Gegebenheiten passt. Die Wege werden also kürzer, der regionale Partner kennt die Unternehmen, die Freiwilligennetzwerke, die kirchlichen Aktivitäten, die möglichen gemeinnützigen Einsatzmöglichkeiten für Asylsuchende besser.

Wichtig ist dabei auch, dass für die Gemeinden eine klar erkennbare Ansprechstelle in der Region geschaffen wird. Diesen regionalen Partnern werden durch den Kanton klare Ziele gesetzt, anhand derer der Erfolg ihrer Arbeit gemessen wird.

Mir ist es klar, dass auch diese Reorganisation durch viele Kreise mitverfolgt wird. Aber bitte, liebe Anwesende. Was erwartet die Bevölkerung von uns?

Die Volksabstimmung vom 21. Mai über den Kredit für die Asylsozialhilfe muss nicht als Ablehnungszeichen gegen Asylsuchende Menschen und Flüchtlinge interpretiert werden. Sondern als Votum für eine Unterstützung, deren finanzielle Auswirkungen in einem gewissen, beschränkten Rahmen bleiben.

Ich bin mir sicher, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger weiterhin eine Politik unterstützen, die auf der humanitären Tradition unseres Landes beruht.

Hingegen wollen immer mehr Leute ein besseres Nutzen-Kosten-Verhältnis. Sie erwarten, dass die öffentliche Hand effizienter arbeitet.

Und die Leute haben Recht. Auch in diesem Bereich nimmt die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit bei den erbrachten Leistungen zu. Nehmen wir es doch endlich zur Kenntnis!

* * * * *

Nun schliesse ich diese einführenden Erläuterungen mit meinem Dank für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich über unseren Austausch.